

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Tagesblatt Riesa.
Gesamt Nr. 28.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts, der Kreisverwaltung Riesa, des Amtsgerichts und des
Rathes der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Verlagsort: Riesa Nr. 28.
Verlag: Riesa Nr. 28.

Nr. 28.

Donnerstag, 3. Februar 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintritts von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzukommen und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Gelingen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 3 mm hohe Grundschreibfläche (6 Zeilen) 25 Pfennig; die 80 mm breite Restfläche 100 Pfennig. Zeitungs- und tabellarischer Satz 50%, Anschlag, feste Tarife, bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingegangen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Rechtliche Unterhaltungsbeiträge: Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse des Reiches oder der Provinzen, der Bezugsstellen oder der Vertriebsstellen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Postamt: Riesa. Postfach: Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 28. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Hübmann, Riesa.

Die Aufnahme der Tätigkeit.

Von unserem Berliner Vertreter.

Die neuen Minister haben jetzt die Tätigkeit in ihren Aemtern übernommen. Die Staatsberatungen, die nach der Erledigung der politischen Debatte über die Regierungserklärung mit dem Beginn der kommenden Woche aufgenommen werden sollen, machen es notwendig, daß sich die Minister bis zur Besprechung ihrer Etats von ihren Referenten unterrichten lassen. Der Finanzminister und der Reichsernährungsminister werden hierzu nur geringe Zeit beanspruchen, da sie die Arbeitsweise und den ganzen Aufbau der Behörden aus ihrer bisherigen Tätigkeit kennen.

Bei der Beratung über die Regierungserklärung haben sich besondere Schwierigkeiten nicht herausgestellt. Durch die langen Verhandlungen über die Regierungsbildung sind sich die Koalitionsparteien über die künftige Arbeitsweise und auch über die Grundlage der Zusammenarbeit schon schlüssig geworden. Die Regierungserklärung wird darum wesentlich neue Gesichtspunkte nicht aufweisen und die in den letzten Wochen erreichte Stimmung im Reichstag weiter abdämpfen. Selbst die Besprechung der Justizfrage in der Reichswehr wird den Sozialdemokraten kein neues Antriebsmaterial bieten, da die Verordnungen des Reichspräsidenten zur Durchführung der Reichswehrreform sich schon ausgewirkt haben und die alten Antriebspunkte wegen der Verbindung der Reichswehr zu den Verbänden bündig geworden sind. Jede Veränderung in den Ministerien soll nach Möglichkeit vermieden werden. Der Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat sich deshalb auch entschlossen, nach Erledigung der politischen Debatte und der Besprechung seines Etats seine geordnete Riviera-Reise anzutreten, da die laufenden Angelegenheiten des Amtes auf von den Sachreferenten bearbeitet und erledigt werden können. Es heißt, daß der Reichsaussenminister im Hinblick auf seine Reise zur Völkerversammlung in London sich nicht einmal nach Berlin zurückwenden, falls ihn nicht besondere Umstände hierzu zwingen. Durch die Reise Dr. Stresemanns soll sich die Aufnahme der Räumungsverhandlungen nicht verzögern. Deutscherseits wird vielmehr bald der Versuch der Einleitung einer Diskussion auf diplomatischem Wege nach vor der Genfer Tagung unternommen werden. Erhöhte Aufmerksamkeit fällt in den nächsten Wochen dem Reichsfinanzministerium und dem Reichsernährungsministerium zu. Eine eingehende Ratsdebatte im Reichstag liegt bevor, da die erwähnten Bereiche nur befristet verlängert worden sind. Ebenso dringend erweist sich die Regelung des Finanzausgleiches des Reiches mit den Ländern, da auf dieser Basis eine allgemeine Neuorientierung der Zusammenarbeit der Einzelländer mit dem Reichsstaatsrat vorgenommen werden soll. Sehr groß ist auch der Aufgabenzirkel des Reichsinnenministeriums, von dem man die baldige Vorlage der Wahlrechtsreform, der Ausführungsbestimmungen des Artikels 48 und des Reichsjustizgesetzes erwartet. Vor der Besprechung im Reichstag werden jedoch über diese drei Gegenstände eingehende Beratungen im interfraktionellen Ausschuss stattfinden, da die Vorfassungen der einzelnen Regierungsparteien stark von einander abweichen, und man bestrebt sein wird, nur solche Entwürfe im Plenum zu behandeln, über die eine Einigung der Regierungsparteien bereits erzielt ist. Im Reichsarbeitsministerium bezieht man sich jetzt an die abschließende Formulierung des Arbeitszeitgesetzes und an die Regelung einer Arbeitszeitverordnung, um den sozialdemokratischen Interpellationen zuvorzukommen. Außerordentlich schwierig gestaltet sich die Arbeit im Reichswirtschaftsministerium, da trotz der vielen Worte von der notwendigen europäischen Wirtschaftsverständigung ein praktischer Erfolg besonders hinsichtlich Frankreichs und Polens noch nicht zu sehen ist.

Die Erledigung der Entwaffnungsfragen.

Berlin. Zu der in der Presse hervorgetretenen Auffassung, daß Deutschland nach der Zurückziehung der Militärkontrollkommission von der Vorkontrollkonferenz eine Generalintention über die Erledigung der Entwaffnungsverpflichtungen bekommen müsse, erheben wir von zuständiger Stelle, daß dies nicht richtig ist. Das im Dezember in Genf unterzeichnete Protokoll und die verschiedenen Notenwechsel genügen vollständig. Was die sogenannten Rückpunkte, Kriegsmaterial und Festungen betrifft, so ist ein Protokoll unterzeichnet worden, dem im Laufe des heutigen Tages noch einige Anlagen beigegeben werden. Daran wird sich dann ein Notenwechsel schließen.

Notenaustausch zwischen Ostkalifornien und der deutschen Ostküste in Paris.

Berlin. Auslich wird mitgeteilt: Nachdem in der Entwaffnungsfrage die sachliche Einigung über alle Punkte erfolgt ist, steht nunmehr auch die formelle Erledigung durch Notenaustausch zwischen der Vorkontrollkonferenz und der deutschen Ostküste in Paris unmittelbar vor dem Abschluß. So ist am 31. Januar über die Frage des Rücktrittsrechts sowie über die sachliche bereits in den Pariser Verhandlungen Anfang Dezember geregelten Fragen, die die Verbände und die ungarische Einigung in die Reichswehr betreffen, der abschließende Notenaustausch erfolgt. Der Notenwechsel über die Ostküsten und das Kriegsmaterial ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

Gruppenaufnahme des neuen Reichsstaatsrats nach seiner ersten Sitzung.



Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Dr. Marx fand im Reichstagspalais Wilhelmstraße die erste Sitzung des neuen Reichsstaatsrats statt.

Von links nach rechts sitzend: Reichsaussenminister Dr. Stresemann (D.V.P.), Reichsfinanzminister Dr. Brüning (D.V.P.), Reichsarbeitsminister Dr. Brüning (D.V.P.), Reichsjustizminister Dr. Brüning (D.V.P.), Reichsminister für Ernährung Dr. Brüning (D.V.P.), Reichsminister für Wirtschaft Dr. Brüning (D.V.P.).

Von links nach rechts stehend: Reichsminister für Ernährung Dr. Brüning (D.V.P.), Reichsminister für Wirtschaft Dr. Brüning (D.V.P.), Reichsminister für Ernährung Dr. Brüning (D.V.P.), Reichsminister für Wirtschaft Dr. Brüning (D.V.P.).

Die Regierungserklärung im Reichstag.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Funknachricht.) 3. Februar 1927, 2 Uhr nachmittags. Das öffentliche Interesse an der Programm-erklärung der neuen Regierung äußerte sich darin, daß die Tribünen nicht besetzt waren, während der Sitzungsal bei der Eröffnung der Sitzung noch viele Plätze aufwies. Präsident Brüning verlas zunächst das offizielle Schreiben, in dem Reichspräsident Dr. Marx dem Reichsstaatsrat die Regierungserklärung mitteilt und die Mitglieder des neuen Reichsstaatsrats nennt. Bei der Vorlesung der Namen Brüning und Brüning kamen einige lächelnde Bemerkungen von den Kommunisten. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangten die Kommunisten die sofortige Beratung kommunistischer Interpellationen. Dieses Verlangen wurde abgelehnt.

Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Hierauf erwiderte Reichspräsident Dr. Marx sofort das Wort, mit lächelnden Ironien der Kommunisten bekräftigt: „Kanzler des Bürgerblocks!“

Berlin. (Funknachricht.) In der Regierungserklärung, die Reichspräsident Dr. Marx heute nachmittags im Reichstag abgab, wird zunächst die einstimmige Auffassung des Reichsstaatsrats, daß die Anerkennung der Reichsstaatsräte der republikanischen Staatsform auch für die Arbeit der neuen Regierung volle Geltung behalten soll.

Die Regierung tritt mit Entschiedenheit für den Schutz der Achtung und die Ehre der Verfassung, ihrer Organe und ihrer Mitglieder ein, wie sie im Art. 1 der Verfassung festgelegt sind. Aber auch der Vergangenheit und ihren Symbolen soll Achtung und Ehre gezollt werden. Durch das Reichsstaatsgesetz ist für eine grundsätzliche Gleichstellung der in Art. 118 der Verfassung vorgesehenen Schichten zu sorgen.

Die Rechte und Interessen der Weimarer Republik werden nach Kräften geschützt werden. In Uebereinstimmung mit den Ländern ist möglichst bald eine Regelung des Finanzausgleiches erfolgen; das Meer muß dem politischen Kampfe entzogen werden. Die Verordnungen des Reichspräsidenten über ungesetzliche Einkünfte werden strengstens durchgesetzt und durch weitere Anordnungen zum Referaturschutzverfahren ergänzt werden.

Der Reichspräsident apostrophierte an die gesamte Öffentlichkeit, unlernt die Weimarer Republik den verdienten Respekt entgegenzubringen. Es verheißt sich von selbst, daß die bisherige Außenpolitik im Sinne der gegenwärtigen Verständigung weiter fortgeführt werden wird.

An erster Stelle steht die Frage, die freie Ausbildung der Bevölkerung über das deutsche Staatsgebiet wieder herzustellen.

Der Reichspräsident vertritt sich dann ausführlich über die Aufgaben auf dem Gebiet der Wirtschaft und Sozialpolitik, wo vor allem dahin gestrebt werden müsse, die un-

terre Zahl der Arbeitslosen zu verringern und ihre Lage zu verbessern. Die Reichsregierung wird es als ihre besondere Pflicht ansehen, die berechtigten Interessen der breiten Arbeitermassen zu wahren.

Als wichtige Maßnahmen führte der Reichspräsident an: die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms, öffentliche Aufträge, Ausbau der Arbeitsbeschaffungsstellen, Beschäftigung und Fortbildungswesen, ferner das Gesetz über Arbeitslosenversicherung und die Schaffung einer umfassenden Arbeitslosenversicherung unter besonderer Berücksichtigung der Bergarbeit. Auch vorher sollen Maßnahmen auf dem Gebiet der Arbeitszeit besichtigt werden. Auch die Sozialversicherung und die Wohlfahrtspflege wird weiter ausgebaut werden.

Durch die Verwirklichung neuerer Handelsvertragsverträge und der Exportförderung soll der Absatz gefördert werden. Die Frage der heimischen Landwirtschaft wird sich die Reichsregierung besonders angelegen sein lassen.

Der Reichspräsident betonte weiter die Notwendigkeit der Förderung leistungsfähiger Eigenbetriebe in Handwerk, Handel und Gewerbe.

Nachdem der Kanzler die großen Aufgaben auf dem Gebiet der Reichspolitik bekräftigt hatte, verabschiedete er zum Schluß, die neue Regierung werde ihr Bestes einbringen, um auf dem Wege zum Wiederaufstieg unser Reich und Volk vorwärts zu bringen.

In Erwartung der Regierungserklärung.

Berlin. (Funknachricht.) Mit großer Spannung sieht man in parlamentarischen Kreisen der Regierungserklärung entgegen, die Reichspräsident Dr. Marx heute nachmittags im Reichstag abgeben wird. Die Fraktionen der Regierungskoalition sind sich, wie das Nachrichtenbüro des Reichspräsidenten, bisher noch nicht darüber schlüssig geworden, ob sie sich mit einer gemeinsamen Erklärung befragen oder selbst Redner vorziehen sollen.

In Entscheidung über diese Frage lud die Reichspräsidenten am 11 Uhr zu einer Fraktionsberatung zusammengetreten, während das Zentrum, die Deutsche und die Bayerische Volkspartei erst kurz vor Beginn der Plenarsitzung um 1 Uhr ihre Sitzung abhalten. Auch Demokraten, Wirtschaftliche Vereinigung und Kommunisten beginnen ihre Fraktionsberatung um 1 Uhr, während die Sozialisten schon um 12 Uhr tagen. Die Sozialdemokraten haben eine Fraktionsberatung für heute nicht eingeplant, sie haben ihre Redner für die nächste politische Aussprache bereits vor der mehrstündigen Pause bestimmt, nämlich die Abn. Müller-Stranz und Landberg.

Berlin. (Funknachricht.) Wie das Nachrichtenbüro des Reichspräsidenten mitteilt, werden die Fraktionen als erste Redner im Reichstag den Abn. Müller-Stranz und Landberg vorzuziehen.